



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

P/X/294 - 21. Dezember 1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die UNO-Situation am Jahresende	S.1
Silvestergeschenke in Österreich	S.3
Wenzel Jaksch, M.A.B.: Die Gehirnwaffen West- deutschlands	S.5
Der Polizeikonflikt in Nordrhein-Westfalen	S.7
Heimkehrer und Bundesbahn	S.8

## UNO - noch einmal gerettet

### Kompensationsgeschäfte mit dem Veto

Dr. R. Zehn Jahre nach Gründung der Vereinten Nationen waren einige hundert Millionen Menschen - unter Einschluss Rotchinas sogar eine Milliarde - im Völkerparlament der UNO immer noch nicht vertreten. Mindestens fünf Jahre lang hatten sich zwei Dutzend Länder um die Aufnahme bemüht. Meist scheiterten sie an sowjetischen Veto im Sicherheitsrat, wenigstens soweit es sich um Nationen handelte, die der westlichen Welt zugerechnet werden müssen. Die um ihre Aufnahme kämpfenden Staaten des Ostblocks dagegen wurden nicht Mitglied, weil westliche Vetos ihren Eintritt verhinderten.

So wurde die UNO als Ball in das tragische Spiel zwischen Ost und West geworfen und hat an Autorität dadurch schwer eingebüßt. Darum war die Frage, ob es gelingen würde, die jahrelangen Anwärter auf Mitgliedschaft endlich aufzunehmen, für das Ansehen der UNO entscheidend wichtig. 18 Staaten drängten jetzt hinein; dreizehn davon rechnen zum Westen, fünf zum Ostblock. Die 13 westlichen zählen sich zur freien Welt. Die Form des Kompensationsgeschäfts schien der einzige Weg zu sein, um alle zusammen in die UNO zu bugsiieren. Die USA waren gegen die Aufnahme der Äusseren Mongolei. Aber sie stellten ihre Bedenken zurück, um ein sowjetisches Veto gegen den Beitritt Spaniens zu verhindern. Da trat Nationalchina auf den Plan, um in der Rolle des Gernegross zu demonstrieren, wie man die ganze Welt schockieren kann. Das ging soweit, dass der gewiss westlich eingestellte Ministerpräsident von Ceylon, Kotelawala, meinte, es schiene kein Raum

für die asiatischen und afrikanischen Länder in der UNO zu sein. Er, der gegen die antikolonialistische Konferenz von Bandung gewesen war, drohte mit dem Anschluss an diesen Kreis, wenn die UNO weiterhin in der Rolle eines exklusiven Klubs verharren wolle. Es ist keine Frage, dass sich viele Länder merken werden, wie Tschiangkeischek taktierte. Es könnte einmal der Moment kommen, wo er die Unterstützung aller Länder braucht, deren UNO-Mitgliedschaft er jetzt aufs Spiel setzte. Denn die Frage des Beitritts Rotchinas bleibt auf der Tagesordnung; sie kann nicht auf Jahrzehnte hinausgeschoben werden.

Die Methode der Kompensation rettete dann doch die UNO vor der sichtbaren Pleite. Man liess die Äussere Mongolei draussen und auf der westlichen Seite des Spielfeldes Japan. Sie ist zwar viel bedeutungsloser als das Inselland, aber im Glaspalast von New York hat eben nur jeder eine Stimme. Tokios armer Aussenminister Shigemitsu hat die Sache nun auszutaden. Er wird von seinem Parlament völlig grundlos verantwortlich gemacht. Die mit Recht erbosten Japaner sollten sich richtiger an die Kontrahenten dieses Kompensationsgeschäftes, die Grossmächte, wenden. Die Übernahme kommerzieller Bräuche auf die Ebene der Völkerpolitik ist kein Ruhmesblatt für die daran Beteiligten. Immerhin kamen auf diese Weise wenigstens 16 der langjährigen Anwärter in das Weltparlament. Japan kann sich im übrigen mit Deutschland trösten oder mit Korea, das ihm näher liegt, und mit dessen Südregierung es zur Zeit heftige Auseinandersetzungen hat. Und nach Molotows letzten Äusserungen wird ja auch der gegenwärtige Stand nicht erdgültig sein: Japan ist für den Sommer 1956 die Aufnahme in vage Aussicht gestellt.

Deutschland wird länger warten müssen. Möglicherweise zieht sogar Peking noch früher in den Glaspalast ein, obwohl Cabot Lodge in diesen Tagen heftig bestritt, dass die USA "tatenlos zusehen" würde, wenn jemand den Versuch machen sollte, "Nationalchina aus der UNO auszustoßen." Tschiangkeischeks dortiger Sitz ist offenbar der sicherste Besitz, über den er zur Zeit noch verfügt. Dabei hätte er schon aus Dankbarkeit für diese Rolle wirklich etwas tun können, um der UNO aus ihrer mißlichen Situation zu helfen. Nun, da sie fast komplettiert ist, wird sich zeigen müssen, ob sie an Wirksamkeit gewonnen oder weiter verloren hat.

## Die grosse Wendung zur Freiheit

Von Karl Franta, Wien

Welches Ereignis hat den Durchschnittsbürger in Österreich im vergangenen Jahr mehr als jedes andere bewegt? Worauf sind seine Hoffnungen und Wünsche für das nächste Jahr vor allem anderen gerichtet? Die Antwort auf die erste Frage liegt auf der Hand, hier gibt es keine Zweifel oder Meinungsverschiedenheiten: die Wiedererlangung der staatlichen Freiheit und Unabhängigkeit durch den Abschluss des österreichischen Staatsvertrages.

Die tiefe psychologische Wirkung dieses historischen Ereignisses hat alles andere Geschehen weit in den Schatten gestellt. Für eine arbeitende Bevölkerung, die eine sozial zurückgebliebene und klerikal-reaktionäre Monarchie Jahrzehnte lang als quälende Unfreiheit empfinden musste, die später, nach einer kurzen Zeit des Aufatmens durch eine schwere Wirtschaftskrise und schliesslich den Faschismus über sich ergehen lassen musste - für eine solche arbeitende Bevölkerung ist Freiheit tatsächlich etwas Ungewohntes, fast Legendäres. Nur ein Jahr, nachdem Hitler in Deutschland zur Macht kam, übernahmen in Österreich seine austrofaschistischen Wegbereiter die Staatsgewalt. Dem beiden Faschismen und dem Krieg folgte die bittere Nachkriegszeit und die militärische Besetzung des Landes, die dann ein volles Jahrzehnt lang andauerte.

Das Überraschende an der Wendung zur Freiheit lag daran, dass man noch zu Beginn des vergangenen Jahres nicht im entferntesten daran dachte, den Staatsvertrag zu bekommen. Die sowjetrussische Diplomatie hatte es verstanden, durch ihre unendlichen Winkelzüge völlige Hoffnungslosigkeit zu verbreiten. Es ist ein Verdienst der beiden grossen politischen Parteien, dass sie darüber keine Apathie aufkommen liessen, sondern das Ziel im Auge behielten, jedenfalls aber die Voraussetzungen schufen, um bei günstigem Wind auf dieses Ziel erfolgreich lossteuern zu können.

Der Abschluss des Staatsvertrages war also gewiss jenes Ereignis, das wie kein anderes die Gemüter bewegt hat, und zwar mehrmals bewegt hat, denn niemand kann recht sagen, welcher Tag als der eigentliche Festtag der wiedererlangten Freiheit anzusehen ist. Am 15. Mai wurde der Staatsvertrag feierlich unterzeichnet, am 27. Juli trat er in Kraft und am 25. Oktober war Österreich von Besatzungstruppen restlos geräumt. Man hat also die Wiedererlangung der Freiheit in Raten geniessen können, wobei sich allerdings in diesen Genuss stets auch der Warmutstropfen der Besorgnis über die weitere Entwicklung gemischt hat.

### Verschärfte innerpolitische Gegensätze

Tatsächlich hat sich, seitdem Österreich wieder frei und selbständig ist, die innerpolitische Situation wesentlich verschärft. Zwar haben die Kommunisten den letzten Rest an politischer Bedeutung eingebüsst und die reaktionäre Rechtsopposition des "Verbandes der Unabhängigen" ist praktisch von der politischen Bildfläche verschwunden. Aber die beiden grossen Parteien, die Österreichische

Volkspartei und Sozialistische Partei Österreichs, stehen sich nun, obwohl sie in der Regierungskoalition zur Zusammenarbeit geneigt sind, mit zunehmender Gegensätzlichkeit gegenüber. Lediglich die gute Konjunkturlage des heurigen Jahres hat es verhindert, dass die Klassengegensätze zwischen Arbeiterschaft und Besitzbürgertum stärkere politische Auswirkungen hatten, als es ohnehin der Fall war.

Bei allen Erwägungen für das kommende Jahr, seien es nun Wünsche oder Befürchtungen, spielt diese Tatsache, d.h. die Verschärfung der Gegensätze nach der Wiedererlangung der Freiheit, eine dominierende Rolle. Trotz vieler offizieller Proteste und aufrichtiger innerlicher Empörung hatte man sich mit dem Vorhandensein von Besatzungstruppen im allgemeinen abgefunden, man hatte sie mit einem gewissen Phlegma als eine Art Naturereignis aufgefasst und bisweilen darin fast so etwas wie ein Element der Stabilität erblickt. Nun ist die Besatzung unter der aufrichtigen Freude aller Österreicher verschwunden, gleichzeitig ist aber die Stabilität einer ausländischen Bevormundung der Labilität eines selbständigen demokratischen Regimes gewichen, das gekennzeichnet ist durch zwei gleichstarke Parteien, also durch die völlige Ungewissheit eines von Zufällen, Stimmungen und taktischen Überraschungen bestimmten Kompromisses.

Die wirtschaftlichen Probleme, um deren Lösung es sich ja zu- meist handelt, sind so kompliziert und unübersichtlich, dass der "kleine Mann" in Österreich in den meisten Fällen nur die Wahl hat zwischen einem falschen oder überhaupt keinem Urteil. Das heißt, er kann sich kein richtiges Bild machen und er fühlt das auch instinktiv. Das verstärkt das Gefühl der Unsicherheit. Man überlässt daher (leider allzu viel) die Politik "denen da oben" und - mißtraut ihnen gleichzeitig. Eine dünne Schicht politisch geschulter Funktionäre der Sozialistischen Partei und der Gewerkschaften hat gewiß konkrete Vorstellungen und ein klares Ziel, aber die große Masse der Bevölkerung steht ihren eigenen Existenzsorgen oft verständnislos gegenüber. Deshalb der weitverbreitete etwas hilflose und sehr allgemeine Wunsch für das kommende Jahr, "dass es nicht schlechter wird", das heißt, dass man verschont bleiben möge von Arbeitslosigkeit, Teuerung und Inflation.

#### Handfeste Wünsche der Jugend

Starken und selbstbewußten Menschen genügt natürlich eine so negative Zielsetzung keineswegs. Insbesondere die jüngere Generation ist wie überall, sehr gegenständliche Wünsche: ein Motorrad, ein Klein- auto, schöne Kleidung und gute Wäsche, einen Eisschrank, eine Wasch- maschine, einen besseren Radioapparat oder einen Fernsehapparat, einen Pelzmantel, eine eigene Wohnung, eine moderne Einrichtung und was es sonst noch an begehrenswerten Dingen gibt. Wer diese "Begehrlich- keit" des "kleinen Mannes" in Österreich, als allzu materialistisch mißbilligt, vergisst, wie groß die Zahl der Wünsche ist, die man sich jahrelang versagen mußte. Der übersieht auch den volkswirt- schaftlichen Nutzen, den solche Wünsche und die Möglichkeit, sie zu verwirklichen, für jedes Gemeinwesen bietet. Solange dieser Wunsch auch in Österreich lebendig ist, braucht einem um die weitere Entwicklung dieses kleinen, arbeitsamen Landes nicht lange zu sein.

### Das Prinzip der sozialen Integration

Am letzten Wochenende trafen sich in Brannenburg zum fünften Male die Delegierten und Gäste der "Saligergemeinde" zur Jahrestagung dieser Organisation. Die Tätigkeit und Zielsetzung dieser sozialistischen Gemeinschaft, an der Spitze die Bundstagsabgeordnete Wenzel Jaksch, Richard Reitzner und Ernst Paul stehen, findet wachsende Beachtung. So nahmen auch diesmal wieder Vertreter vieler staatlicher Behörden, u.a. Staatssekretär Dr. Nahn vom Vertriebenen-Ministerium, teil. Bemerkenswert war sein Ausspruch, dass nur durch die Arbeiterschaft der Heimatgedanke ohne imperialistische Verfälschung bleiben könne. Der Vorsitzende der sudetendeutschen Landsmannschaft, Logdmann von Auen sagte, die NATO-Freunde haben kein Interesse an der deutschen Wiedervereinigung, sondern nur an dem deutschen Bevölkerungspotential.

Das beherrschende Thema der Tagung war das Referat von Wenzel Jaksch über: Der Kampf um Wiedervereinigung und Heimatrecht als sozialistische Aufgabe. Als die "Geheimwaffen" Westdeutschlands in der Auseinandersetzung den freiheitsfeindlichen Kräften unserer Zeit bezeichnete er das Arbeitsethos des freien Menschen, die soziale Aufrüstung, die soziale Integration und die höhere Sozialkultur. Im folgenden veröffentlichten wir seine Schlussbetrachtung: \*) mit

Im Streben der Völker und Staaten nach einem möglichst grossen Anteil an dem Zeitalter der technischen Hochzivilisation müssen überall neue Hilfsquellen erschlossen und neue wirtschaftliche Schwerpunkte geschaffen werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit grosser Verschiebungen im Einsatz der menschlichen Arbeitskraft. Die Diktaturen verschieben die Bevölkerungen einfach mit Zwangsmassnahmen. Die Demokraten sind durch das Prinzip der Freizügigkeit gebunden. Sie müssen mit den Mitteln der Berufserziehung und Berufsberatung, mit Kreditlenkung, übergebiethlicher Arbeitsvermittlung und mit der wirtschaftspolitischen Steuerung des sozialen Wohnungsbaus ihr Auslangen finden. Diese Mühen tragen jedoch ihre reichen Dividenden in der höheren Produktivität der freien Arbeit. Die planmässige soziale Integration ist das eigentliche Gegenprinzip zu einer sozialfortschrittlich getarnten Totalität.

Das Ziel einer sozialen Integrationspolitik ist die sinnvolle Gruppierung der Nation um ihre produktiven Aufgaben. Zu seiner Verwirklichung bedarf es eines Grundstocks von Sozialkapital, welches in ständiger Umschlag begriffen ist. Mit billigen Sozialkapital, wie es der Lastenausgleich für die Hilfen an verschiedene Geschädigtengruppen zur Verfügung stellt, könnten folgende Förderungsmaßnahmen für alle sozial schwachen Bevölkerungsschichten eingeleitet werden:

Existenzaufbauhilfen,  
Wohnbaudarlehen,  
Aufbaukredite für Jungverheiratete,  
Umsiedlungshilfen,

**Kredite für Arbeitsplätze in den  
Notstandsgebieten.  
Siedlungskredite**

**Langfristiges Programm unerlässlich**

Deshalb ist die Zusammenfassung der bisherigen Eingliederungsmassnahmen in ein langfristiges Programm der sozialen Integration unerlässlich. Im Grunde geht es darum, dem kleinen Mann den Zutritt zu billigen Kapitalquellen zu erschliessen. Die Verschuldung einer Arbeiter- oder Angestelltenfamilie aus einer beruflichen Übersiedlung ist oft eine Bürde für Jahre hinaus. Noch schlimmer ist es, wenn Jungverheiratete ihre Wohnungseinrichtung auf Raten kaufen müssen. Ratenschulden kosten 12 Prozent Zinsen im Jahr. Das Hessische Aufbauwerk gibt jedoch Darlehen für Hausratsanschaffung mit zweijähriger Laufzeit für einen 3 prozentigen Verwaltungskostenbeitrag. Der tiefere Sinn solcher Massnahmen ist, dem kleinen Manne eine gesunde Lebensplanung zu ermöglichen. In Westdeutschland könnte das ERP-Sondervermögen von 5,6 Milliarden durch entsprechende Umfinanzierungen in rotierendes Sozialkapital verwandelt werden. Dazu kommen noch die zwei Milliarden Vermögen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung, denen im Zeichen der Vollbeschäftigung eigentlich keine Leistungsverpflichtungen gegenüberstehen. Bund und Länder könnten ihre bisherigen Leistungen für den sozialen Wohnungsbau und für die verschiedenen Eingliederungsmassnahmen entsprechend verlängern, bis sich der laufende Bedarf an Sozialdarlehen aus den Rückflüssen deckt.

**Die Anziehungskraft auf den Osten**

Aus den Notstandsprogrammen zur Eingliederung von Vertriebenen, Flüchtlingen und Evakuierten könnte damit ein Wohlstandsprogramm zur ständigen Verbesserung der Sozialstruktur geformt werden. Einzelne Verbesserungen werden oft ohne viel psychologische Wirkungen hingenommen. Die Gesamtkonzeption eines demokratisch regierten Volkes zum Aufbau einer freien Sozialkultur an den Grenzen der Tyrannei würde in Deutschland und ausserhalb Deutschlands die Herzen und Hirne in Bewegung setzen.

Den Begriff der "deutschen Sozialkultur" habe ich zum erstemal einen Vortrag des oberschlesischen Sozialdemokraten Johann Kowoll entnommen. Er erläuterte uns seinerzeit als Gastredner, dass bei der oberschlesischen Volksabstimmung Tausende polnischer Arbeiter für Deutschland gestimmt haben, nicht weil sie ihr Volkstum verraten wollten, sondern weil sie die höhere deutsche Sozialkultur bejahten. Man hat es vom Grenzland her wahrscheinlich besser gesehen, dass Deutschland, im Vergleich zu seiner Umwelt, das Geburtsland einer neuen Sozialkultur war. Die Erhöhung des Realeinkommens des Arbeitnehmers setzte sich in Deutschland fast automatisch um in schönere Wohnungen, in Bücher, Urlaubsfreuden, Turnhallen und Sportplätze. Wohnungskultur, Freizeitkultur und Musikkultur sind aus dem Gesamtbild des Lebens in Deutschland nicht wegzudenken, weil aus der inneren Sauberkeit der kleinen Leute das Bedürfnis nach einer sauberen, geordneten und verschönten Umwelt wächst.

Darum betrachte ich den Arbeitsethos des freien Menschen, eine von menschlichem Höherstreben getragene soziale Aufrüstung, eine der Gemeinschaftsbejahung entspringende soziale Integrationspolitik und ein mächtiges Verlangen der kleinen Leute nach höherer Sozialkultur als die wahren Geheimwaffen Deutschlands in der Auseinandersetzung mit dem Sendungsglauben des Ostens. + + + - 7 -

Der Innenminister und die Polizei

G.M.Düsseldorf

In dem Konflikt zwischen der Gewerkschaft der Polizei (die nicht dem DGB angehört) und dem Innenminister Dr. Meyers von Nordrhein-Westfalen ist eine Entspannung eingetreten, nachdem die Gewerkschaft den für den 21. Dezember geplanten Schweigemarsch während der Hauptgeschäftsstunden durch die vorweihnachtlichen Strassen Kölns abgeblasen hat und gleichzeitig Meyers sein impulsives Verbot an die Polizeibeamten, ihren Standort in der fraglichen Zeit zu verlassen, aufgrund einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtes aufheben musste.

Hinter dieser Auseinandersetzung verbirgt sich jedoch mehr als ein Kampf um wirtschaftliche Vorteile der üblichen Art, wo die eine Seite bessere Bedingungen fordert, die andere sie zu verweigern sucht. Das Land NRW hat über den Landtag seine Beamten gesetzlich besser gestellt, <sup>als</sup> der Bund und andere Länder und diese, über dem Bundesniveau liegenden höheren Gehälter vor dem Bundesverwaltungsgericht durchgefochten. Man vertritt deshalb in Düsseldorf den Standpunkt, dass die von der Gewerkschaft verlangten (und jetzt übrigens in Hessen und Schleswig-Holstein gezahlten) Weihnachtsgratifikationen nicht den eigentlichen Anlass für den gegenwärtigen Konflikt darstellen, da solche Weihnachtsgratifikationen in Nordrhein-Westfalen im Rahmen des gesetzlichen Gehaltes de facto gezahlt werden. Gratifikationen sind auch nach Meinung der Landesregierung mit dem besonderen Status des Beamten nicht vereinbar. Eine unzureichende Besoldung, insbesondere der niederen Dienstgrade ist nicht durch gelegentliche Sonderzuwendungen zu beheben, und die Bestrebungen, hier zu einer Hebung in den betreffenden Besoldungsgruppen zu kommen, nehmen in den Ländern zu.

Aber der ganze Vorgang ist auch mit weiteren Problemen verknüpft. Nach Auffassung der Landesregierung kann kein Staat zusehen, dass die Träger seiner Ordnung zu Druckmassnahmen gegen den Staat selbst greifen. Als das wird der Schweigemarsch der angekündigten Art angesehen. Die Aktion des Innenministers wandte sich in erster Linie gegen diese Veranstaltung, bei der man Provokationen befürchtete. Die Landesregierung hatte dabei auch die Sorge, notfalls vielleicht sogar Polizei gegen Polizei einsetzen zu müssen, wenn ein solcher - 8 -

Schweigenarsch von aussen gestört und die von der Gewerkschaftsleitung vorgesehene ruhige Form nicht mehr eingehalten würde. In diesem Zusammenhang spielt auch noch der Konflikt zwischen dem Bundesinnenminister Schröder und seinen NRW-Kollegen Meyers hinein, weil dieser auf Abschaffung des Grenzschutzes drängt, die ausschliessliche Polizeikompetenz der Länder durchsetzen will und jetzt durch die möglichen Begleiterscheinungen einer solchen Demonstration seine Auffassung schaden leiden könnte.

+ + +

#### Immer weniger Heimkehrer erhalten Fahrpreisermässigung

K.j. Auch bei der Bundesbahn ist Heimkehrer nicht Heimkehrer. So würde zum Beispiel den politischen Häftlingen aus der Sowjetzone grundsätzlich nicht die 75prozentige Fahrpreisermässigung zugestanden, die man allen anderen entlassenen Kriegsgefangenen seit 1953 gab. Aber auch der Kreis der letztgenannten wird immer weiter eingeschränkt. Nach der neuesten Regelung werden alle Heimkehrer ausgeklammert, die nicht vor Ende 1945 in Gefangenschaft gerieten, alle Verschleppten, die sich nicht in festen Gefangenenlagern befanden und schliesslich sämtliche Personen, die ihren Wohnsitz vor dem Kriege nicht im Gebiet des Deutschen Reiches von 1937 hatten.

Sind die politischen Häftlinge weniger wert als Kriegsgefangene? Glaubt man im Ernst, ein Volksdeutscher habe es weniger nötig, in der Bundesrepublik herumzureisen, um seine Angehörigen zu suchen? Sollen alle aus der Sowjetunion Heimgekehrten, die nicht in "festen Lagern" waren oder das Glück hatten, erst 1946 verschleppt worden zu sein, zu Fuss gehen?

Es bedarf keiner Strapazierung der Phantasie, um zu begreifen, dass gerade die von der Vergünstigung Ausgeklammerten die Hilfe der Bundesbahn am nötigsten brauchten. Die finanztechnischen Erwägungen der Bundesbahn sind bei jedem politischen und sozialen Aspekt. Die vielberedete "Armut" des Unternehmens ist jedenfalls keine Entschuldigung für ihre 08/15-Regelung.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau